



### FREIE WÄHLER Bayern

#### Deutliches Votum für die Kandidatur zur Bundestagswahl 2013

#### FREIE WÄHLER Bayern machen den Weg für Bundespolitik frei

Foto links: ein hoherfreuter  
Hubert Aiwanger bei der  
Ergebnisverkündung und  
seiner Dankesrede

(Geiselwind) Nach ihrem Einzug in den Landtag 2008 nehmen die FREIEN WÄHLER Bayern den Bundestag ins Visier. Mit deutlichem Votum von rund 80% der 745 Delegiertenstimmen stimmten gestern in Geiselwind die bayerischen FREIEN WÄHLER dafür, gemeinsam mit ihren Kollegen in den anderen Bundesländern als politische Kraft der bürgerlichen Mitte Politik mit „gesundem Menschenverstand“ zu machen und damit der Bundesvereinigung FREIE WÄHLER beizutreten.



# Für eine ehrliche Politik!



Zuvor hatte der Bundes- und Landesvorsitzende Hubert Aiwanger in einer leidenschaftlichen Rede betont: „Wenn wir nicht dabei sind, dann werden wir unter Umständen von den Piraten geentert und das kann ein verantwortungsbewusster FREIER WÄHLER nicht wollen. Wir müssen selber dorthin, wo die Weichen gestellt werden.“

Die Parteienlandschaft ist in Bewegung. Es gilt sowohl politische Neugründungen an den Rändern, als auch Spaßparteien zu verhindern. Die FREIEN WÄHLER wollen u. a. mit ihrer Unabhängigkeit punkten. Sie setzen sich für ein Verbot von Großspenden der Konzerne an die Politik ein. Die Bundesvereinigung FREIE WÄHLER ist die liberale Partei des kleinen Mannes und des Mittelstandes.

Die FREIEN WÄHLER sind bundesweit traditionell stark in den Kommunen und wollen von dieser Basis aus die Parlamente erobern.

Hubert Aiwanger bedankte sich abschließend bei der Bundesgeschäftsführerin Cordula Breitenfellner nicht nur als Ideengeberin für die Umstrukturierung der zur Europawahl 2009 erfolgreich angetretenen Bundeswählergruppe in die jetzige Bundesvereinigung FREIE WÄHLER, wodurch erstmalig in der seit 1946 bestehenden Historie der FREIEN WÄHLER ein Antreten zu Wahlen auf allen politischen Ebenen möglich wurde, sondern würdigte vor allem ihr unermüdliches Engagement die FREIEN WÄHLER unter dem gemeinsamen Dach der Bundesvereinigung FREIE WÄHLER zu konsolidieren und die politische Organisation bundesweit flächendeckend und schlagkräftig aufzubauen.



Foto oben:  
Bundesvorsitzender Hubert Aiwanger und die Bundesgeschäftsführerin Cordula Breitenfellner

Foto Mitte: volles Haus bei der Landesdelegiertenversammlung der FREIEN WÄHLER Bayern in Geiselwind



## **FREIE WÄHLER verteidigen erfolgreich ihr Namensrecht vor dem Bundesgerichtshof**

(Karlsruhe/Berngau) FREIE WÄHLER haben in der Revisionsinstanz vor dem Bundesgerichtshof am 28.09.2011 ihr Namensrecht gegen unseriöse politische Trittbrettfahrer durchgesetzt. Nach der Teilnahme an der Europawahl 2009 bei der die FREIEN WÄHLER 1,7 % Stimmenanteil erzielten, haben sich einige politische Gruppierungen unrechtmäßig dieses symbolträchtigen Namens bemächtigt. Dies haben die FREIEN WÄHLER nicht akzeptiert.

Der Bundesvorsitzende Hubert Aiwanger zeigte sich sehr zufrieden über das Urteil: „FREIE WÄHLER sind eine politische Erfolgsgeschichte und dieses Urteil zum Schutz unserer Namens beflügelt uns weiter.“ Aiwanger ist zugleich Fraktionsvorsitzender der mit 10,2 % in den Bayerischen Landtag gewählten FREIEN WÄHLER.

„Mit diesem Urteil ist das Namensrecht der FREIEN WÄHLER auf eine solide Grundlage gestellt. Insbesondere die Bundesvereinigung FREIE WÄHLER, die sich zudem auf den besonderen namensrechtlichen Schutz des § 4 Parteiengesetz berufen kann, hat damit eine gesicherte namensrechtliche Ausgangslage für die geplante Teilnahme an der Bundestagswahl 2013,“ freut sich die Bundesgeschäftsführerin Cordula Breitenfellner.

Bundesjustiziar Prof. Dr. Bernd Richter warnt andere Trittbrettfahrer: „Als politische Gruppierung der bürgerlichen Mitte, des kleinen Mannes und des Mittelstandes werden wir das Namensrecht konsequent verteidigen und durchsetzen.“

„Die politische Landschaft in der Bundesrepublik gewinnt mit den FREIEN WÄHLER eine neue glaubhafte und wählbare politische Alternative zu den etablierten Parteien. Die Urteilsverkündung des Bundesgerichtshofes fiel zusammen mit dem Festakt zum 60-jährigen Bestehen des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe. Insoweit war dies in mehrfacher Hinsicht ein denkwürdiges Ereignis für die FREIEN WÄHLER,“ so Aiwanger abschließend.



Foto: der Bundesvorsitzende Hubert Aiwanger mit der Bundesgeschäftsführerin Cordula Breitenfellner und dem Bundesjustiziar Prof. Dr. Bernd Richter vor dem BGH



**Bundesvereinigung FREIE WÄHLER**  
**Bundesversammlung in  
Hannoversch Münden beschließt  
Fusionen mit FW Bayern, FW Hessen  
und FW Schleswig-Holstein  
und verabschiedet die Resolution für  
ein starkes Europa der Bürger und  
der Regionen**



Foto oben: BV Hubert Aiwanger beim Ergänzen des von FREIE WÄHLER NRW eingereichten Resolutionsantrages.

Foto rechts: BGF Cordula Breitenfellner beim Vorstellen der Fusionsanträge mit FW Bayern, FW Hessen und FW Schleswig-Holstein sowie beim Erklären des Ablaufs der erforderlichen Urabstimmung und der rechtlichen Grundlagen.

## **Bundsvorsitzender Hubert Aiwanger: Politik für den Bürger, nicht für Finanzinstitute!**

(Hann. Münden) Mit einem klaren Bekenntnis zu einem Europa der Bürger und Regionen und mit einer klaren Ablehnung einer „Rettungsschirmpolitik für Spekulanten zulasten der Steuerzahler“ positionierten sich die FREIEN WÄHLER auf ihrer Bundesversammlung am Samstag unmissverständlich zum derzeit brisantesten politischen Thema, der europaweiten Finanzmarktkrise. „Die verantwortungslose Politik der letzten Jahre ist dafür haftbar zu machen, dass ein Land wie Griechenland überhaupt in die Eurozone aufgenommen wurde und Kredite in schwindelerregender Höhe vergeben wurden, weil sich die Finanzinstitute darauf verlassen haben, dass der Steuerzahler die Risiken übernimmt“, so der Bundsvorsitzende der Freien Wähler Hubert Aiwanger. In einer Resolution sprachen sich die FREIEN WÄHLER auch dafür aus, die übermächtige Rolle der Bankenwelt dahingehend zu korrigieren, dass sich diese nicht auf Dauer als „systemrelevant“ deklarieren und die Politik vor sich hertreiben könnten. Es wurde kritisiert, dass sich die Finanzwirtschaft von der Realwirtschaft bereits soweit abgekoppelt habe, dass trotz eigentlich funktionierender Wirtschaftskreisläufe ständige Krisenszenarien die Bevölkerung in Angst versetzten. Eine solide Finanzpolitik mit starken Regionalbanken wie z.B. Sparkassen, Volks- und Raiffeisenbanken müsste mehr im Interesse einer vernünftigen Politik liegen als die Sorge um Finanzjongleure, so die FREIEN WÄHLER.

Fortsetzung nächste Seite

Mit uns geht Deutschland besser!



Foto oben: Hubert Aiwanger bei seiner Rede vor der Bundesversammlung FREIE WÄHLER

Die FREIEN WÄHLER bereiten sich unterdessen auf die Teilnahme an der Bundestagswahl 2013 vor. Bundesgeschäftsführerin Cordula Breitenfellner berichtete über den Ausbau der bundesweiten Organisation. Die Landesorganisationen aus Bayern, Schleswig-Holstein und Hessen befinden sich derzeit im Beitrittsprozess zur Bundesvereinigung der FREIEN WÄHLER, mit Thüringen und Bremen sei man in Vorgesprächen, die anderen 11 Landesvereinigungen sind bereits unter dem gemeinsamen Dach der FREIEN WÄHLER organisiert.



Einstimmig bei einer Enthaltung stimmt die Bundesversammlung den Fusionen mit FW Bayern, FW Hessen und FW Schleswig-Holstein zu und macht damit den Weg frei für die erforderliche Urabstimmung.

Foto v. l. n. r.: Renate Bitz – Bundesschriftführerin, Manfred Petry – Bundesvize, Cordula Breitenfellner – BGF, Arnold Hansen – Vize-BGF, Hubert Aiwanger – Bundesvorsitzender und Prof. Dr. Bernd Richter – Bundesjustiziar freuen sich über das klare Votum

## **Leitantrag der Mitgliederversammlung der Bundesvereinigung der FREIEN WÄHLER**

**Ja zu einem starken Europa der Bürger und Regionen**

**Ja zu soliden Staatshaushalten**

**Nein zu marktbeherrschenden Bankstrukturen**

Wir befinden uns in einer Zeit des weltweiten politischen Umbruchs, geprägt von politischen Umwälzungen in den arabischen Staaten sowie einer schweren Finanzkrise der westlichen Welt.

**Europa muss gestärkt und nicht geschwächt werden.**

Wir FREIEN WÄHLER stehen zu einem Europa der Regionen.

Wir FREIEN WÄHLER lehnen es ab, dass Geldinstitute eine systemrelevante Rolle einnehmen und dass immer höhere Summen für Rettungsschirme zum Nutzen der Banken aufgelegt werden.

Ein starker Euro muss von einer von politischen Einflüssen unabhängigen Zentralbank begleitet werden.

Damit besteht das Fundament für wirtschaftliche und politische Prosperität sowohl für Deutschland als auch Europa.

Wettbewerbsfähigkeit sowohl auf dem Weltmarkt als auch dem Binnenmarkt zu sichern und damit Arbeitsplätze und Standards zu erhalten, den Bürgerinnen und Bürgern eine angemessene soziale Sicherheit zu gewährleisten und damit gleichsam Sorgen und Ängste abbauen zu helfen, sollte eine Herausforderung für alle demokratischen Parteien Deutschlands darstellen.

**Die FREIEN WÄHLER bekennen sich ausdrücklich zu dieser Aufgabe.**

Eine Aufweichung der politischen Unabhängigkeit der europäischen Zentralbank, wie dies mit dem Aufkauf von Staatstiteln bereits geschieht, oder gar das Entstehen für Schulden nationaler Staaten führt fraglos zu einer Schwächung der Europäischen Union und gefährdet Europa als Ganzes.

Eine solche Entwicklung ist entschieden abzulehnen.

Mit Sorge beobachten wir, dass der ursprüngliche „Europäische Gedanke“ hinsichtlich einer gleichberechtigten Vereinigung freier Nationen im Zuge der Finanzkrise offenbar durch eine „supranationale Bürokratie“ ersetzt werden soll.

Die Folge ist unweigerlich eine politische Lähmung Europas bei gleichzeitiger fortschreitender Schwächung.

## Beschluss

**Die Mitgliederversammlung der Bundesvereinigung FREIE WÄHLER beschließt daher aus Verantwortung für Deutschland und Europa**

- den Aufkauf von Schuldtiteln europäischer Staaten,
- die Ausweitung der Rettungsschirme über den bereits existierenden Umfang hinaus,
- die Einrichtung eines unbefristeten Stabilitätspaktes (ESM), welcher zudem noch der parlamentarischen Kontrolle entzogen ist,
- das Eintreten Deutschlands für die Schulden anderer Staaten und
- die Ausgabe von grundgesetzwidrigen europäischen Schuldverschreibungen (Euro-Bonds) abzulehnen.

**Die Mitgliederversammlung der FREIEN WÄHLER fordert stattdessen**

- einzelne Banken dürfen keine systemrelevante Rolle einnehmen,
- die vertraglich zugesicherte Unabhängigkeit der europäischen Zentralbank wieder herzustellen sowie deren Stellung zu stärken,
- die Einhaltung der vertraglich vereinbarten europäischen No-bail-out Klausel (kein Eintreten für die Schulden anderer Staaten),
- Maßnahmen zur Haushaltsdisziplinierung von Staaten, die wiederholt gegen den europäischen Gedanken verstoßen, wie Stimmrechtsentzug, auf europäischer Ebene zu beschließen und durchzusetzen sowie
- in Europa Instrumente zu schaffen, um überschuldete Staaten aus der Währungsunion auszuschließen, wenn keine vernünftige Kooperation und zu wenig eigene Anstrengung zur Schuldenminderung erkennbar wird.

Darüber hinaus fordern wir die Bundesregierung auf, keine weiteren Schritte zu unternehmen, welche die Rechte der Bundesrepublik Deutschland auf Selbstbestimmung untergraben. Gefordert wird eine größtmögliche Transparenz. Sollte diese nicht dauerhaft und umfänglich erfolgen, sind künftige Entscheidungen zu Europa durch Volksentscheide zu begleiten.



Quelle: Nordwest Zeitung vom 14.10.2011

## „Schlafender Riese“ soll bis zur Wahl 2013 erwachen

**FREIE WÄHLER** Bundesgeschäftsführerin besucht Vize in Ganderkesee – Vereinigung will in den Bundestag

**GANDERKESEE/ING** – An Selbstvertrauen mangelt es den Freien Wählern (FW) nicht, und Zahlen sollen das belegen: „Wir haben bundesweit 280 000 bis 300 000 Mitglieder, damit sind wir die drittgrößte politische Bewegung im Lande“, sagt Bundesgeschäftsführerin Cordula Breitenfellner. „Wir sind ein schlafender Riese!“

Und der wacht jetzt auf: Nachdem sich die Freien Wähler auf kommunaler Ebene jahrzehntlang engagieren und seit der Bayern-Wahl 2008 in einem Landtag vertreten sind, wollen sie nun auch in der Bundespolitik mitmischen. Dass die FW-Bundesvereinigung bei der Bundes-

tagswahl 2013 antreten wird, ist seit einigen Wochen beschlossene Sache – und wurde von der Bundesgeschäftsführerin anlässlich eines Arbeitsbesuchs bei ihrem Stellvertreter, dem Ganderkeseer Arnold Hansen, am Donnerstagabend noch einmal bekräftigt.

Breitenfellner spürt dabei viel Rückenwind: Politologen bescheinigten den Freien Wählern ein höheres und längerfristiges Potenzial als etwa der Piratenpartei, hat sie erfahren. Anders als diese verfüge die Wählervereinigung über eine „starke Basis“, ergänzt Hansen: nämlich die

vielen politikerfahrenen Mitglieder in den Kommunen.

Deren Interessen zu vertreten, war auch der wesentliche Ansporn für die Freien Wähler, sich bundespolitisch zu organi-

sieren: „In den Räten und Kreistagen bekommen wir die Auswirkungen der Gesetze zu spüren“, erklärt Cordula Breitenfellner, „aber dort haben wir nicht die Stellschrauben, um auf die Gesetzgebung Einfluss zu nehmen.“ Das wollen sie nun in Berlin – wenn es sich ergibt, auch in Regierungsverantwortung. „Wir machen keine Koalitionsaussage“, meint Breitenfellner, „aber wir stehen der CDU näher als der SPD.“

Bis dahin ist aber noch eine Menge Arbeit zu leisten. Die Voraussetzungen, um für die Bundestags-

wahl zugelassen zu werden, seien erfüllt, betont die Geschäftsführerin. Bei der Vorbereitung werde die Wählervereinigung effizient ihre vorhandenen Strukturen nutzen.

Auch im Bundestags-Wahlkreis 29 (Delmenhorst/Wesermarsch/Oldenburg-Land) seien die Freien Wähler schon „relativ gut vernetzt“, findet Arnold Hansen. Es gebe einen regelmäßigen Stammtisch mit Wählergemeinschaften aus dem Landkreis, der südlichen Wesermarsch sowie aus Delmenhorst und Oldenburg. Über Personalfragen wurde dabei noch nicht gesprochen. Hansen schließt für sich aber aus, dass er als Bundestagskandidat antritt.



Bereiten sich auf die Bundestagswahl vor: FW-Bundesgeschäftsführerin Cordula Breitenfellner und ihr Vize Arnold Hansen. BILD: HERGEN SCHELLING

### "Meckerecke"

Unser Mitteilungsblatt hat im Moment nur einen Arbeitstitel. Ein schöner und - wie von vielen gewünschter - deutscher Titel wird noch gesucht.. Bitte schickt Vorschläge, die dann in der nächsten Ausgabe zur Abstimmung gestellt werden können. Auch zum Layout würden wir uns nicht nur Kritik, sondern konstruktive Vorschläge wünschen.

### "Kontaktanzeigen"

Wer als Mitglied Gleichgesinnte sucht um eine Wählergruppe für Kommunalwahlen zu gründen oder eine Gruppe zu finden, der er sich anschließen kann, findet hier ein Forum für seine Suchanzeige. Verantwortlich Renate Bitz & Udo Grubert

### Werbeartikel & Printmedien

Auf den Seiten der FREIEN WÄHLER Hessen und Bayern ist es möglich, die dort installierten Bestell- und Marketingservices zu nutzen: <http://www.fw-druckshop.de/>  
<http://s342494072.website-start.de/>

### In Kürze Forum auf der Seite der Bundesvereinigung!

Auf der Seite der Bundesvereinigung <http://www.freie-waehler-deutschland.de/> wird in Kürze ein Mitgliederforum errichtet werden. Damit ist der Meinungs austausch und der Informationsfluss auch außerhalb der sozialen Netzwerke (wie z.B. Facebook) möglich.

**Bundesvereinigung FREIE WÄHLER—Urabstimmung**



Foto v.l.n.r.  
Arnold Hansen—BGF-Vize,  
Cordula Breitenfellner—BGF  
und Annette Tix—  
Fraktionsgeschäftsführerin  
FREIE WÄHLER-  
Ganderkesee

(Berggau/Ganderkesee) Seit 10.10.2011 bereitet die Bundesgeschäftsstelle FREIE WÄHLER die durch das Votum der Bundesmitgliederversammlung am 08.10.2011 in Hannoversch Münden in Gang gesetzte Urabstimmung bzgl. Verschmelzung der Bundesvereinigung FREIE WÄHLER mit der Landeswählergruppe FW FREIE WÄHLER Bayern e. V., der Landeswählergruppe FW FREIE WÄHLER Hessen e. V. und der Landespartei FREIE WÄHLER Schleswig-Holstein vor. Alle drei politischen Landesorganisationen sollen künftig die entsprechenden Landesvereinigungen der Bundesvereinigung FREIE WÄHLER bilden.

Die Unterrichtung der Mitglieder der Bundesvereinigung FREIE WÄHLER über die Urabstimmung erfolgt in der 41. KW. Die Urabstimmung wird vom 02.11.—16.11.2011 stattfinden. Das Ergebnis der Urabstimmung wird durch die Bundesvorstandschaft in der 47. KW bekanntgegeben.

# Gute Politik geht anders!



**Bundesvereinigung FREIE WÄHLER**

**Klausur des erweiterten Bundesvorstandes auf Norderney**



Foto oben: Seehundbank vor Norderney

Foto Mitte: Weiße Düne auf Norderney



(Norderney) Vom 04.11. - 06.11.2011 findet die erste Klausur des erweiterten Bundesvorstandes der Bundesvereinigung FREIE WÄHLER auf Norderney statt. Neben der Bundestagswahlbeteiligung 2013 und der dazu notwendigen Programmatik wird auch das Weltnaturerbe Wattenmeer ein Thema sein.

Foto links unten: Dünenlandschaft

Foto rechts unten: Nordsee



## Bundesvorstand der Freien Wähler tagt auf Norderney

Die Geschäftsführerin des Bundesvorstandes der Bundesvereinigung der Freien Wähler, Cordula Breitenfellner, teilte mit, dass unsere schöne Heimatinsel als Tagungsort ausgewählt worden ist. Die Tagung wird von Freitag, den 4.11. bis Sonntag, den 6.11. 2011, stattfinden. Ihr Ziel für die Teilnehmer ist es, das Wahlprogramm der Freien Wähler anlässlich der Bundestagswahl 2013 genauer auszuarbeiten, an der diese erstmals teilnehmen werden. Dafür wurden mittlerweile alle wahlrechtlichen Voraussetzungen geschaffen und gesetzlichen Vorgaben erfüllt.

Der Landesgeschäftsführer Arnold Hansen erklärte, dass es Ziel der Freien Wähler sei, die Regionalität und **Entscheidungsfreiheit der Kommunen** zu fördern und die reine Delegation von oben nach unten zu hinterfragen. Denn ob ein Gesetz gut oder schlecht gemacht ist, fällt zuerst in den Kommunen auf. Da die Bundespolitik so nicht mehr hinnehmbar sei, haben sich die Freien Wähler dazu entschlossen, nicht mehr nur auf kommunaler Ebene zu agieren.

Cordula Breitenfellner ist sich sicher, dass von der Klausur auf der Insel gute Ergebnisse zu vermelden sein werden. Gewünscht sind auch Gespräche mit den Norderneyer Bürgern und Urlaubern. Dafür soll am Sonnabend, den 5. November 2011, von 11.00 – 12.30 Uhr, im Conversationshaus am Kurplatz ein öffentliches Forum stattfinden, von dem man sich eine rege Beteiligung wünscht.

**Wir laden Sie herzlich ein:  
Samstag, den 05. November 2011**

**zum Thema Landtagswahl Niedersachsen und Bundestagswahl 2013  
11.00 Uhr bis 12.30 Uhr  
im Kaminzimmer, Conversationshaus am Kurplatz, Norderney**

sowie

**zum Thema Weltnaturerbe Wattenmeer „Chance und Verpflichtung“  
13:00 – 15.00 Uhr  
Wattwanderung „Watt intensiv“, Treffpunkt am Campingplatz Um Ost, an der Ecke zum Postweg (bitte Gummistiefel und wetterfeste Kleidung mitbringen)**

Pressemitteilung vom 27. Oktober 2011

## Hebelung des Euro-Rettungsschirms entgegen bisheriger Zusagen der CSU eingeführt

**Aiwanger für Schuldenschnitt von mindestens 60% und gegen die Hebelung des EFSF**

„Völligen Glaubwürdigkeitsverlust in der Europolitik“ wirft der der FREIE WÄHLER Bundesvorsitzende Hubert Aiwanger der CSU vor: „Bis vor wenigen Tagen hat die CSU hochheilig versprochen, die Hebelung des Euro-Rettungsschirms abzulehnen. Jetzt ist sie völlig eingeknickt und hat im Bundestag zugestimmt.“

Der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident Seehofer hatte am 30. September im Bundesrat zur „Hebelung“ noch gesagt: „Eine solche Maßnahme setzt nicht nur die Stabilität des Euro aufs Spiel, sondern auch die Finanzstabilität Deutschlands.“ Auf dem CSU-Parteitag am 7. und 8. Oktober und in folgenden Interviews sagte Seehofer: „Die CSU schließt jedwede Ausweitung des beschlossenen Rettungsschirms aus. Ich gehe davon aus, dass unsere CSU-Position auch Position der Koalition ist oder wird“ und „eine Erweiterung der Rettungsschirme gibt es mit uns nicht. Das ist eine klare Aussage. Wir meinen das auch so.“ Diese Aussage wurde durch den Dringlichkeitsantrag von CSU und FDP im Bayerischen Landtag am 19.10.2011 mit der Forderung untermauert: „Die Bayerische Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundes- und EU-Ebene dafür einzusetzen, dass es zu keiner Vervielfachung der Interventionskraft des EFSF durch eine Hebelung kommt.“ Gestern stimmten im Bundestag die Abgeordneten der CSU und FDP dem Hebel zu!

Aiwanger hierzu: "Schwarz-Gelb hat die Kontrolle über das Geschehen völlig verloren. Es nützt auch den Griechen nichts mehr, wenn der deutsche Steuerzahler die Zinsen von Banken bezahlt, bei denen Griechenland verschuldet ist. Ich bin dafür, einen massiven Schuldenschnitt von mindestens 60 Prozent vorzunehmen und den Finanzinstituten und Schuldenländern unmissverständlich zu sagen, dass wir nicht bereit sind, ihre Schulden zu übernehmen. Rettungsschirm und Hebelung setzen hier die falschen Akzente und erhöhen unser Haftungsrisiko weiter.“

Abschließend fragt Aiwanger, welche Glaubwürdigkeit nach den bisherigen Erfahrungen die Aussage von mehreren Bundestagsabgeordneten von CSU und FDP noch hat, die aktuell äußerten: „Unser Bundesbankgold ist absolut tabu.“